

Wertschätzung junger Menschen/ Bildung

Die Freiheit des Einzelnen steht für junge Liberale im Mittelpunkt.

Die Sparbemühungen der Landesregierung stehen den Interessen der Jugend entgegen. Es darf nicht sein, dass sich die Politik nur an den Kosten pro Kind oder Jugendlichen orientiert. Die Schließung von Schulen im ländlichen Raum führt zu Fahrtzeiten, die Kindern- und Jugendlichen zum Teil jede Möglichkeit auf eine erholsame Freizeit raubt. Hier wird an der kleinteilig regulierten Schule des 20. Jahrhunderts festgehalten, anstatt innovative Konzepte zu entwickeln. Warum sollen dutzende Schüler stundenlang durch die Gegend fahren und nicht ein Lehrer? Mit neuen Unterrichtsformen ist es nicht unbedingt nötig, Kinder in die herkömmlichen Alter- beziehungsweise Fähigkeitsklassen einzusortieren. Mit den Grundschulschließungen sendet die Landesregierung ein Signal, das jungen Eltern und deren Kindern sagt, dass es in der Fläche keine Zukunft gibt.

Die Regeln des Landes für Unterrichtsinhalte sind zu detailliert und überfüllt. Sie lassen den Schulen und den Schülern nicht ausreichend Raum für eine freie Entfaltung. Die Liberalen möchten den Bildungsförderalismus abschaffen und einheitliche Richtlinien für Bildung im ganzen Bundesgebiet durchsetzen. Das würde einerseits den Umzug in ein anderes Bundesland erleichtern, andererseits wird aber auch eine größere Freiheit der Schulen angestrebt. Ziel ist es, durch weniger Regeln, bessere Lehrerbildung und bessere Betreuungsschlüssel ordentlich auf die Bedürfnisse jedes Schülers eingehen zu können. Aus diesem Grund soll zukünftig auch darauf geachtet werden, dass angehende Lehrer wirklich das Interesse und das Potential haben, jahrzehntelang mit nervigen Kindern zu arbeiten. Es darf nicht sein, dass viele Lehramtsstudenten nur an einem sicheren Job interessiert sind. Ein Grund dafür, dass viele Schulabgänger Ausbildungen beziehungsweise Studiengänge wählen, zu denen sie glauben, das Berufsbild zu kennen, ist das Versagen der Schule. Nicht jeder kann Lehrer oder Arzt werden. Gerade die Notwendigkeit, gut mit MINT-Sachverhalten umgehen zu können, wird an der Schule kaum vermittelt, was zu einem eklatanten Mangel an Studenten und Azubis in diesem Bereich führt.

Wenn ein Nichtlehrer ein Klassenzimmer betritt, dann ist er entweder Jugendoffizier, oder er macht das mit dem Hintergedanken, Werbung für eine Bank oder eine Versicherung zu machen. Hier sind Unternehmen und Schulen gefragt, auch mal Zeit und Geld zu investieren, damit Schüler einen Einblick in den wertschöpfenden Teil unserer Gesellschaft erhalten können.

Außerschulische Bildung/ landesweite Jugendbildung/ Freiräume

Jugendclubs, Vereine und Initiativen spielen im Leben junger Menschen eine wichtige Rolle. An einigen Stellen werden hierfür öffentliche Gelder benötigt. Dabei muss gelten, dass der Erfolg der Politik nicht an der Menge des ausgegebenen Geldes oder der geschaffenen Stellen gemessen wird. In kleineren Orten ist es oft die freiwillige Feuerwehr, die jugendlichen eine sinnvolle Beschäftigung gibt und Verantwortungsgefühl vermittelt. Andere Jugendliche verbringen einen Großteil ihrer Freizeit mit dem Sport und wieder andere in politischen Jugendorganisationen, mit Musik oder Kunst. Es kann am besten vor Ort entschieden werden, wo öffentliche Gelder für die Jugendarbeit am besten eingesetzt werden. Darum möchten wir Jugendarbeit und die finanziellen Mittel dazu möglichst in die Verantwortung der Kommunen legen.

Was Freiräume anbelangt, möchten wir keine neuen Regeln oder Gesetze schaffen. Jeder Mensch ist unterschiedlich. Der eine braucht etwas länger für die Hausaufgaben als der andere und Lehrer haben besseres zu tun, als durchschnittliche Hausaufgabenzeiten für bestimmte Aufgaben zu ermitteln. Zur Lehrerbildung haben wir bereits etwas geschrieben. Mit entschlackten Lehrplänen und Lehrern, die individuell handeln wollen und dürfen, wird

es möglich sein, künftige Schülergenerationen besser auf das Leben vorzubereiten. Während eines Wettkamps oder anderer Veranstaltungen kann ein junger Mensch zum Teil deutlich mehr als mit einem Buch lernen. Mit Stipendien und BAföG-Verlängerungen haben engagierte Studenten bereits Möglichkeiten, sich für andere zu engagieren. Weitere Werkzeuge dieser Art zur Stärkung des Ehrenamts unter Studenten würden die Bedeutung des Wortes ad absurdum führen.

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen

In unserem Verband gibt es einige Erfahrungen aus der studentischen Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Schule. Das Fazit ist leider, dass man sich auf die kontinuierliche und konstruktive Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen nicht immer verlassen kann. In ständig wechselnden Klassenverbänden und mit der Einführung des Bachelor/ Master-Systems ist es neben der Ausbildung schwer, ausreichend Erfahrung zu sammeln und dann auch genügend Zeit zu finden, um diese sinnvoll einzusetzen. Es gibt immer mal wieder einige sehr engagierte junge Menschen, die konstruktiv mitarbeiten und wissen, was sie tun. Wenn diese dann aber mit dem Abschluß die Schule oder Hochschule verlassen, können Gremien mangels Interesses zum Teil nicht mehr vollständig besetzt werden.

Das heißt nicht, dass jungen Menschen Mitspracherechte verweigert werden sollten. Lehrer und Professoren sollten immer ein offenes Ohr für Schüler beziehungsweise Studenten haben. Wir halten es aber nicht für sinnvoll, verkrampft mehr Mitbestimmungsrechte für junge Menschen in irgendwelche Ordnungen und Gesetze zu schreiben, denn Macht kommt von machen. Dort, wo Jugendliche wirklich Zeit und Mühe investieren, werden sie nach unserer Erfahrung auch ernst genommen.

Partizipation

Das Wahlalter ist für alle Wahlen auf maximal 16 herabzusetzen. Argumentationen, in diesem Alter habe ein Mensch noch nicht die nötige Reife zum Wählen, greifen nicht, denn für das Erlangen des Wahlrechts mit 18 ist nach aktuellem Recht keinerlei Kenntnis nachzuweisen.

§ 47 f

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu muss die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16 a bis 16 f hinaus geeignete Verfahren entwickeln.

(2) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, muss die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.

Das Gesetz aus Schleswig-Holstein halten wir für einen zahnlosen Papiertiger, der Bürokraten Arbeit verschafft und sehr allgemein formuliert ist. Natürlich sollten Kommunen die Interessen der Kinder berücksichtigen und können auch mal jemanden auf einen Schulhof schicken, um zu fragen, was auf den nächsten Spielplatz soll. Dafür ein Verfahren entwickeln und dokumentieren zu müssen, ist allerdings überflüssig.

Das Internet und soziale Medien werden von allen Beteiligten des Politikbetriebs bereits zunehmend genutzt. Politische Inhalte müssen für unterschiedliche Adressaten unterschiedlich aufbereitet werden. Was dabei aber nicht passieren darf, ist eine Vereinfachung, die beim Adressaten zu gefährlichen Schlüssen führen kann. So passiert bei du logo zu den Terroranschlägen in Paris 2015. Politik und Wirtschaft ist kompliziert und dort, wo Sachverhalte nicht einfach erklärt werden können, müssen sie entweder richtig oder gar nicht erklärt werden.

Wörtlich: *“Heute hat Frankreich keine Kolonien mehr, aber viele Menschen aus den ehemaligen Kolonien sind nach Frankreich gezogen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Die meisten von ihnen leben dort heute in Armenvierteln an den Rändern der Großstädte. Sie sind oft arbeitslos und wissen nicht, was sie tun sollen, und das macht sie wütend. Als einzige Hoffnung bleibt ihnen oft nur ihre Religion, meist der Islam. Dazu kommt die Erinnerung an das, was die Franzosen früher in den Kolonien, also ihren Heimatländern Schreckliches gemacht haben. Bei manchen geht die Wut so weit, dass sie im Namen ihrer Religion gewalttätig werden. In keinem anderen Land schließen sich so viele der Terrorgruppe ‘Islamischer Staat’ an wie in Frankreich. Diese Gruppe bekämpft alle, die anders denken als sie, oft mit brutaler Gewalt und eben auch in Frankreich.”#*

Gute und gleichwerte Lebensbedingungen

Kinder- und Jugendarbeit lässt sich nicht mit einem Einheitssatz pro Mensch finanzieren. Das ist bei der Zuwendung von Mitteln zu berücksichtigen. Natürlich kostet es Geld, kleine Dörfer mit wenigen Jugendlichen mit Angeboten für junge Menschen zu versorgen. So lange die Politik aber nicht sagt, dass sie einige Siedlungen gezielt aufgeben möchte, sind gleichwertige Lebensbedingungen für alle Bewohner in unserem Bundesland anzustreben.

Damit Erziehungsberechtigte und junge Menschen die aus ihrer Sicht beste Schule wählen können, sind Förderschulen zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass dort wo es möglich ist, junge Menschen an allgemeinbildenden Schulen und auch außerhalb der Schule am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

In den letzten Monaten und Jahren sind viele Flüchtlinge aus nichteuropäischen Staaten nach Deutschland gekommen Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich fortsetzen. Die Junge Liberalen setzen sich dafür ein, diese Menschen umfangreich zu fördern und zu fordern, damit sie entweder für ein erfolgreiches Leben in Deutschland oder für ein Voranbringen ihrer Heimatregionen nach der Wiederherstellung des Friedens vorbereitet sind.

Mobilität und „Verortung“

Der Sozialismus hat seine Erfolglosigkeit eindrucksvoll bewiesen. Forderungen nach unbedingten und kostenfreien Beförderungsmöglichkeiten werden von uns nicht geteilt. Unser Ziel ist eine intelligente, flexible Versorgung. Teure Überversorgungen sind zu verhindern. Modelle wie das Rufbussystem haben sich erfolgreich durchgesetzt. Dort, wo Eltern es ihren Kindern trotz ausreichender finanzieller Mittel keine Freiräume gewähren, ist es Aufgabe des Jugendamtes steuernd einzugreifen.

Internet ist Zukunftsfähigkeit! Ehrliche Politik muss sich entscheiden. In Orten, in denen es sich für kommerzielle Anbieter nicht lohnt, Breitbandinternet anzubieten, ist die schnelle Internetversorgung entweder mit Hilfe von Subventionen sicher zu stellen, oder es ist klar zu sagen, dass die Ortschaft keine langfristige Zukunft hat und die letzten Einwohner zu einer

Umsiedlung in Ballungszentren angehalten werden. Dabei ist finanzielle Unterstützung für die Umsiedlung zu gewähren.

Die Perspektive junger Menschen in Sachsen-Anhalt

Junge Menschen haben dann eine Perspektive in Sachsen-Anhalt, wenn sie selbst ein positiver Standortfaktor sind. Das heißt, Bildung in unserem Land muss spitzenmäßig sein! Es lässt sich nicht durch ein Gesetz verordnen, dass junge Menschen ernst genommen werden. Das ist Aufgabe jedes Menschen älteren Jahrgangs.

Die organisierte Politik darf ihre Rolle in der Gesellschaft nicht überschätzen. Sie muss den Einzelnen stärken! Kein Jugendförderungsgesetz, sondern persönliche Beziehungen zu tollen Menschen in Vereinen und anderen Gemeinschaften sowie Lebensbedingungen, die zum Rest der Republik vergleichbar sind, halten junge Menschen im Land. Das heißt, dass die Bildung hier genauso wie die Bedingung für die Wirtschaft spitzenmäßig zu gestalten sind.